

Anfrage 5

Gremium	Termin	Status
Sozialausschuss	09.06.2022	öffentlich

Anfrage Stadtratsfraktion Die Grünen

Anfrage der Fraktion Die Grünen im Rat - Elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Vorlage Nr.: 20225112

Stellungnahme der Verwaltung

Elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Anfrage zur Sitzung des Sozialausschusses am 09.06.2022: Hat die Verwaltung die Einführung der „Elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge“ nach dem aktuell gültigen Stand geprüft bzw. will die Verwaltung die Einführung prüfen?

Stellungnahme der Verwaltung:

Ja, die Verwaltung hat dies geprüft und beabsichtigt wie bisher keinen Beitritt zur Rahmenvereinbarung. Die Rechtslage ist unverändert. Die Verwaltung verweist insofern auf die bisherigen Ausführungen und insbesondere darauf, dass die kommunalen Spitzenverbände in Rheinland-Pfalz keinen Beitritt zur Rahmenvereinbarung empfohlen haben.

Zur Kurzbeschreibung (Policy Brief 2021-02) des Universitätsklinikums Heidelberg bleibt erstens anzumerken, dass es sich um eine Zusammenfassung der wissenschaftlichen Evidenz aus der Sicht der Sektion „Health Equity Studies & Migration“ handelt, deren Aussagen zu den Verwaltungskosten hauptsächlich auf Angaben zur Hansestadt Hamburg beruhen, die für Rheinland-Pfalz nicht vergleichbar sind. Zweitens wurde ein weitergehender Forschungsbedarf gesehen. Drittens wurde im Fazit explizit empfohlen, dass die anfallenden Behandlungskosten auf Landesebene übernommen werden sollen, um anfallende Verwaltungskosten und entstehende Ge-

sundheitsausgaben über alle Kreise hinweg ausgleichen zu können.

In Koblenz beschloss der Stadtrat den Beitritt zur Rahmenvereinbarung am 30.09.2020 (Punkt 22) auf Antrag der Ratsfraktionen LINKE, GRÜNE und SPD bei 24 Ja-Stimmen und 21 Gegenstimmen. Die Stadtverwaltung Koblenz hatte in ihrer Stellungnahme ausdrücklich empfohlen, den Antrag abzulehnen und insbesondere darauf hingewiesen, dass keine Einsparungen zu erwarten sind. Dem ist nichts hinzuzufügen.